

Mobilfunk-Gegner fordern neue Grenzwerte

Wissenschaftliche Studie belegt hohes Risiko einer Krebserkrankung durch Handy-Strahlen

Von Helmut Zeller

Landkreis ■ Die Mobilfunk-Gegner in Dachau und im Landkreis fühlen sich durch die Ergebnisse einer wissenschaftlichen internationale Langzeitstudie über die gesundheitlichen Risiken des Mobilfunks bestätigt. Roderich Zauscher, Vorsitzender des Bundes Naturschutz im Landkreis, und ÖDP-Kreisvorsitzender Adrian Heim fordern unter Berufung auf die Studie niedrigere Grenzwerte.

Die neuen Untersuchungen skandinavischer und britischer Forscher zeigen, dass langjähriger Gebrauch von Mobiltelefo-

nen womöglich das Risiko erhöht, an bösartigen Hirntumoren zu erkranken. Um 39 Prozent sei das Risiko bei der Bevölkerungsgruppe gestiegen, die seit zehn Jahren regelmäßig oder besonders intensiv ein Handy benutzt.

Der Naturschützer und ÖDP-Kreisrat Roderich Zauscher erklärt dazu: „Das überrascht mich grundsätzlich nicht, weil Mikrostrahlen das Gewebe erwärmen.“ Die Forscher hatten herausgefunden, dass allein die Seite des Kopfes gefährdet ist, an die die Patienten das Mobiltelefon gewöhnlich halten. Zwar ist die Abstrahlung von Mobilfunkmasten und Basisstationen

geringer als durch das Handy am Ohr. Aber Zauscher argumentiert: Dass eine „massive Beeinträchtigung“ von Anliegern solcher Anlagen bestehe, könne jetzt ja wohl nicht mehr ernsthaft bestritten werden.

Adrian Heim, Kreisvorsitzender der ÖDP, sieht sich nach der Veröffentlichung der wissenschaftlichen Studie „auf der kompletten Argumentationslinie“ der ÖDP bestätigt. Seine Partei warnt zusammen mit Bund Naturschutz und drei Bürgerinitiativen in Dachau seit Jahren vor den Gefahren des Mobilfunks. „Die wissenschaftliche Untermauerung macht es für uns zunächst einmal leicht-

er“, sagt Heim. Allerdings bezweifelt er, ob die Studie in der täglichen Praxis der politischen Auseinandersetzung so viel Gewicht haben wird. Die Gegenseite, Mobilfunkbetreiber und Politiker, werden laut Heim rasch wieder irgendwelche Gegengutachten aus der Tasche ziehen. Immerhin: „Die Tür ist geöffnet“, sagt Heim.

Auch andere Wissenschaftler halten die Ergebnisse der Studie, veröffentlicht in der Online-Ausgabe des *International Journal of Cancer*, für plausibel, etwa Vertreter der TU München. Bisher stand, wie Heim sagt, den Mobilfunkgegnern eine Allianz aus Behörden und

Wissenschaftlern gegenüber: Sie hätten argumentiert, dass es Hinweise, aber keine Beweise auf Erkrankungen durch die Strahlung gebe.

Heim betont, die Mobilfunkgegner wollten Handys und Betreiberstationen nicht abschaffen. „Wir haben immer den Gedanken der Vorsorge in den Vordergrund gestellt“, sagt Heim. Das heißt: „Nur weil eine gesundheitliche Gefährdung nicht bewiesen ist, kann man nicht davon ausgehen, dass es keine gibt.“ Zauscher und Heim fordern jetzt: „Die ungeheuerlich hohen Grenzwerte für Strahlenbelastung müssen gesenkt werden.“

Dachau hofft auf sensibilisierte Richter

Studie über das Strahlenrisiko kommt im richtigen Moment – Stadt will vor Gericht die Mobilfunkbetreiber in die Schranken weisen

Dachau ■ Viel Hoffnung hat Rathaus-Sprecher Günther Domcke nicht: Es wäre wünschenswert, sagt der Hauptamtsleiter der Stadt Dachau, aber die Richter des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in München werden sich nicht von der neuen wissenschaftlichen Langzeitstudie über den Anstieg des Risikos von bösartigen Gehirntumoren beeinflussen lassen. „Da entscheiden die ganz kühl.“

Aber alle Hoffnung will Domcke auch nicht fahren lassen: „Wir hätten natürlich

nichts dagegen, wenn wir gewinnen würden.“ Vielleicht hören die Richter ja auf die Wissenschaft. Für die Stadt geht es um eine prinzipielle Frage: Dachau hat im vergangenen Jahr neun Veränderungssperren erlassen: für alle Wohn- und Mischgebiete. Oberbürgermeister Peter Bürgel (CSU) trat auf die Notbremse, weil Mobilfunkbetreiber einen Wildwuchs an Funkanlagen im Stadtgebiet anstreben. Mit der Veränderungssperre hat die Stadt allerdings nur Zeit gewonnen. Denn der Bau von Sen-

destationen des Mobilfunknetzes bis zu zehn Meter Höhe bedarf keiner Genehmigung durch die Kommune. Die Betreiber müssen sich nur mit dem Grund- oder Hauseigentümer einigen.

Aus diesem Grund unterlag die Stadt auch vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht. Sie ging beim Verwaltungsgerichtshof in Berufung, der Termin für die Verhandlung steht noch aus. Würde die Stadt gewinnen, käme das einer Grundsatzentscheidung gleich: Kommunen hätten dann künftig

Möglichkeiten, etwa über die Bauleitplanung, auf die Errichtung von Mobilfunkstationen Einfluss zu nehmen.

Genau das fordern die Mobilfunk-Gegner. Eine Gemeinde müsse doch auch in dieser für die Menschen wichtigen Frage Planungshoheit haben, sagt ÖDP-Kreisvorsitzender Adrian Heim. Für den Bau einer Mobilfunkstation müsse eine Genehmigungspflicht geschaffen werden, sagt er, jetzt noch dringender, da Forscher nachgewiesen hätten, dass die elektromagnetischen Strahlen das Krebsri-

siko erhöhten. Domcke hört da schon die Gegenargumente: Man werde sagen, dass die Strahlung direkt vom Handy ja um ein Vielfaches höher als bei Mobilfunkmasten sei. Für Roderich Zauscher, Kreisvorsitzender des Bundes Naturschutz, ist eines klar: Zumindest müssten kleinere, nicht so strahlungsintensive Stationen – außerhalb von Wohngebieten – gefordert werden. Domcke hofft jetzt auf eine „Sensibilisierung“ – aber keiner will darauf schwören, dass die auch die Richter erfasst. *hz*